

Herausgeber und Hersteller:

Wirtschaftskammer Steiermark
Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung
Körblergasse 111-113
8010 Graz

Rückfragen:

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an das
Institut für Wirtschafts- und Standortentwicklung der
Wirtschaftskammer Steiermark
T +43 (0)316 601-796
E iws@wkstmk.at

Für den Inhalt verantwortlich:

Mag. Dr. Ewald Verhounig
Mag. Johannes Absenger
Mag. Victoria Hack
Mag. Simone Harder
Priv.-Doz. Mag. Dr. Florian Mosing
Mag. Robert Steinegger

Gleichheitsgrundsatz:

In der vorliegenden Broschüre sind wir um eine geschlechtsneutrale Formulierung bemüht. Wir möchten ausdrücklich festhalten, dass dort, wo keine geschlechtsneutrale Formulierung möglich war, die verwendeten Begriffe und Bezeichnungen für alle Geschlechter zu verstehen sind.

Graz, 14. November 2022

IMPULSE ZUM WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRAT



Ing. Josef Herk, Senator h.c.
Präsident der WKO Steiermark
© Oliver Wolf

„Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine und zwei Jahren Pandemie, gepaart mit einer akuten Energie- und Rohstoffkrise ist eine aktive Interessenpolitik für die Wirtschaft in der Steiermark unerlässlich. Mit dem Wirtschaftspolitischen Beirat haben wir ein bewährtes Gremium, das seine interessenpolitische Durchsetzungskraft für die Steirische Wirtschaft in der Vergangenheit schon öfter unter Beweis gestellt hat. Ich bin überzeugt, dass der Wirtschaftspolitische Beirat in den nächsten Monaten und Jahren wieder wichtige Impulse setzen wird, um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen.“



KommR Friedrich Hinterschweiger
Obmann der Sparte Information
und Consulting der WKO Steiermark
© Foto Fischer

„Im heurigen Jahr feiert der Wirtschaftspolitische Beirat sein zehnjähriges Bestehen. In dieser Zeit hat sich dieser als wesentlicher politischer Akteur in der Steiermark etabliert. Vorbildhaft sind dabei die gute fraktionsübergreifende Arbeit und unser gemeinsamer Einsatz für die steirischen Unternehmerinnen und Unternehmer. Mein Dank gilt dabei insbesondere den Leiterinnen und Leitern sowie Mitgliedern der einzelnen Projektteams. Im Ergebnis können mittlerweile eine Vielzahl von interessenpolitischen Erfolgen aufgelistet werden, die durch eine konsequente Weiterverfolgung der beschlossenen Anträge erreicht wurden. Für die Zukunft erhoffe ich mir, dass wir wieder vermehrt im Rahmen von Veranstaltungen den politischen Diskurs über Zukunftsthemen aufgreifen können.“



Dr. Karl-Heinz-Dernoscheg, MBA
Direktor der WKO Steiermark
© Foto Fischer

„Der Wirtschaftspolitische Beirat hat am Beginn der neuen Periode fünf Themenschwerpunkte festgelegt, wobei insbesondere das Thema Nachhaltigkeit neu aufgenommen wurde. Damit sind wir bei der Behandlung interessenpolitischer Themen weiterhin am Puls der Zeit. Besonders hervorheben möchte ich die gute Zusammenarbeit von Wirtschaftstreibenden mit Expertinnen und Experten der WKO Steiermark im Rahmen der Projektteams, die sich als sehr wertvoll und zielführend erwiesen hat. Ich bin zuversichtlich, dass der Wirtschaftspolitische Beirat seinen Weg erfolgreich fortsetzen wird.“

Inhaltsverzeichnis

1	TÄTIGKEIT DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS	1
1.1	Zusammensetzung und Aufgaben	1
1.2	Arbeitsschwerpunkte.....	1
2	AKTUELLE KONJUNKTURLAGE	2
3	ERFOLGE DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS	4
4	BERICHT ZU DEN ANTRÄGEN VOM JUNI 2022	6
5	VERANSTALTUNGEN	9
6	AKTUELLE THEMEN DER EINZELNEN PROJEKTTEAMS	11
6.1	Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit.....	11
6.2	Fairness & Entbürokratisierung.....	11
6.3	Arbeit & Soziales	11
6.4	Standort, Regionen & Unternehmertum.....	12
6.5	Bildung, Jugend & Fachkräfte	12
7	ANTRÄGE DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS	13
8	MITGLIEDER DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS	20
9	MITGLIEDER DER PROJEKTTEAMS DES BEIRATS	21

1 Tätigkeit des Wirtschaftspolitischen Beirats

1.1 Zusammensetzung und Aufgaben

Mit der Arbeit des Wirtschaftspolitischen Beirats erfährt die interessenpolitische Arbeit und in weiterer Folge auch das Wirtschaftsparlament der WKO Steiermark eine zusätzliche demokratiepolitische Aufwertung. Der Wirtschaftspolitische Beirat ist fraktionell gemäß den vorherrschenden Mehrheitsverhältnissen im Wirtschaftsparlament zusammengesetzt und wurde nach dem „Shapley’schen Verfahren“ ermittelt. Die neuerliche Einrichtung des Wirtschaftspolitischen Beirats für die Funktionsperiode 2020-2025 wurde im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Steirischen Wirtschaftsparlamentes am 27. Mai 2020 gemäß § 39 Abs. 1 Geschäftsordnung beschlossen.

In der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftspolitischen Beirats am 4. Juni 2020 wurden einstimmig SPO FVO KommR Friedrich Hinterschweiger als Vorsitzender und RSO KommR Johann Lampl als Stellvertreter des Wirtschaftspolitischen Beirats gewählt.

Kernaufgabe des Wirtschaftspolitischen Beirats ist es, unter Einbindung entsprechender Experten der WKO Steiermark, Themenschwerpunkte zu erarbeiten. Ziel der Tätigkeit des Beirats ist es, inhaltliche Empfehlungen in Form von Anträgen an das Wirtschaftsparlament in schriftlicher Form zu erarbeiten. Um der Arbeit eine entsprechende Breite und Tiefe zu verleihen, werden als Begleitmaßnahme Enqueten durchgeführt, im Rahmen derer die Fragestellungen einer kritischen Diskussion unterzogen werden.

1.2 Arbeitsschwerpunkte

Der Wirtschaftspolitische Beirat wird sich in der neuen Periode im Detail wieder mit fünf Themenschwerpunkten beschäftigen, die von fünf eigenen Projektteams entsprechend bearbeitet werden:

Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit
Fairness & Entbürokratisierung
Arbeit & Soziales
Standort, Regionen & Unternehmertum
Bildung, Jugend & Fachkräfte

Mit diesen Bereichen bearbeitet der Wirtschaftspolitische Beirat aus interessenpolitischer Sicht wesentliche strategische Eckpfeiler. Die Arbeit des Beirats und der Projektteams findet im aktuellen Wirtschaftsparlament in Form von zehn Anträgen an das Wirtschaftsparlament ihren Niederschlag. Die einzelnen Anträge sind in Abschnitt acht dieses Berichts auch entsprechend einzusehen. Die Ergebnisse der bisherigen Aktivitäten des Wirtschaftspolitischen Beirats werden in den Abschnitten drei bis sieben näher ausgeführt.

2 Aktuelle Konjunkturlage

IHS: „Stagflation durch Verwerfungen auf den Energiemärkten“ | WIFO: „Stagflation in Österreich“

Im ersten Halbjahr 2022 wuchs die heimische Wirtschaft noch kräftig und setzte damit ihren Erholungsprozess fort. Aktuell werden die Wachstumsaussichten durch die historisch hohe Inflationsrate und die vorherrschenden Unsicherheiten, insbesondere auf den Energiemärkten, deutlich gedämpft. Im zweiten Halbjahr 2022 dürfte daher laut aktueller Konjunkturprognosen die Wirtschaftsleistung etwas zurückgehen. Österreich steuert damit erstmals seit den 1970er Jahren auf eine Stagflation zu. Während für 2022 noch ein reales Wirtschaftswachstum von 4,7 % (IHS) bzw. 4,8 % (WIFO) prognostiziert wird, ist 2023 mit einer Stagnation zu rechnen (reales BIP IHS: 0,3 %; WIFO: 0,2%). Die Konjunkturaussichten haben sich damit merklich verschlechtert und sind zudem mit beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet. Die Außenwirtschaft, von der im laufenden Jahr noch ein positiver Wachstumsbeitrag zu erwarten ist, dürfte sich aufgrund des schwächelnden internationalen Umfeldes 2023 abkühlen. WIFO und IHS rechnen im Bereich der Warenexporte lediglich mit einem Plus zwischen 0,1 % und 1,0 %. Auch die Investitionsprognosen werden von den Wirtschaftsforschungsinstituten zurückgenommen: Nach einem Rückgang im heurigen Jahr ist 2023 nur mit einer leichten Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen (WIFO: +0,8 %; IHS: +1,5 %) zu rechnen. Auch der private Konsum dürfte sich aufgrund des starken Preisauftriebs real um nur mehr 0,3 % (IHS) bzw. 1,0 % (WIFO) ausweiten. Trotz der herausfordernden konjunkturellen Rahmenbedingungen ist aktuell lediglich von einer leichten Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation auszugehen: Die Zahl der unselbständig Aktiv-Beschäftigten dürfte 2023 marginal zulegen (IHS: +0,4 %; WIFO: +0,5 %), in puncto Arbeitslosenquote (nationale Definition) wird ein Anstieg von 0,3 Prozentpunkten erwartet (WIFO und IHS 2022: 6,4 %; 2023: 6,7 %).¹

Prognose 2022 & 2023 für Österreich vom 7. Oktober 2022 (Veränderung zum Vorjahr in %)	IHS			WIFO		
	2021	2022	2023	2021	2022	2023
BIP, real	4,6	4,7	0,3	4,6	4,8	0,2
Private Konsumausgaben, real	3,6	4,7	0,3	3,6	3,8	1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	8,7	-2,3	1,5	8,7	-0,5	0,8
...Ausrüstungsinvestitionen, real	11,3	-3,5	2,0	11,3	-1,1	0,7
...Bauinvestitionen, real	5,8	-1,0	1,0	5,8	0,2	1,0
Warenexporte, real	12,9	8,0	1,0	12,9	8,0	0,1
Warenimporte, real	14,2	6,3	1,5	14,2	5,2	0,1
Verbraucherpreise	2,8	8,5	6,8	2,8	8,3	6,5
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,5	2,8	0,4	2,5	2,7	0,5
Arbeitslosenquote*	8,0	6,4	6,7	8,0	6,4	6,7

*in % der unselbständigen Erwerbspersonen (nationale Definition)

Quelle: Institut für höhere Studien (IHS); Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

¹ Vgl. Presseinformationen von IHS und WIFO vom 7. Oktober 2022. „Herbst-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022-2023“ sowie „Prognose für 2022 und 2023“.

Prognose 2022 & 2023 Internationale Rahmenbedingungen BIP real, Veränderung zum Vorjahr in %	IHS		
	2021	2022	2023
Deutschland	2,6	1,4	-0,4
Schweiz	4,2	2,2	1,0
USA	5,9	1,6	0,7
Japan	1,7	1,5	1,3
China	8,1	3,0	4,5
Russland	4,7	-5,0	-3,5
Euroraum	5,2	3,1	0,3
OECD	5,5	2,5	0,7
Welt	5,8	3,0	2,1

Quelle: Institut für höhere Studien (IHS)

3 Erfolge des Wirtschaftspolitischen Beirats

▪ **Aufnahme der Pyhrn-Schober – Achse in das europäische TEN-Kernnetz**

Beim neuen Vorschlag der europäischen Kommission zur Revision der transeuropäischen Kernnetzkorridore ist die Pyhrn-Schober-Achse als Teil des Alpen-Westbalkan-Korridors aufgenommen worden. Vorbehaltlich des Beschlusses des Europäischen Parlamentes ist eine langjährige Forderung der WKO Steiermark somit erfüllt worden. Mit der Weiterentwicklung dieser Achse, dem Neubau des Bosruck-Eisenbahntunnels und der südlichen Fortsetzung über Kroatien, Serbien und dem Balkanraum ergeben sich besondere Wachstumschancen für den steirischen Wirtschaftsraum. Das Land Steiermark wird im Frühjahr 2023 gemeinsam mit ÖBB und BMK zu einer Informationsveranstaltung zur Pyhrn-Schober-Achse einladen.

▪ **Breitbandausbau Steiermark – ein regional- und wirtschaftspolitischer Erfolgsweg**

Der Aufholprozess der Steiermark im Bereich Glasfaserausbau ist seitens des Landes erfolgreich eingeleitet worden. Durch die Gründung der Steirischen Breitband- und Digitalinfrastrukturgesellschaft (sbidi) sind bereits neun eigene Glasfaserprojekte in Betrieb. Die südsteirische Gemeinde St. Nikolai im Sausal wurde im Herbst als eine von fünf europäischen Kommunen in Brüssel mit dem Europäischen Breitbandpreis ausgezeichnet. Die Gemeinde überzeugte die Jury in der Kategorie „Qualität und Leistbarkeit von Services“. Neben dem Ausbau in Regionen, wo der Markt versagt, ist die sbidi aber auch wichtiger Ansprechpartner für alle steirischen Gemeinden und fungiert als Vernetzungsdrehscheibe beim Glasfaserausbau. So verfügt mittlerweile jede der 286 steirischen Gemeinden über einen Glasfaser-Zugangspunkt, der die Grundlage für sämtliche Anschlüsse von Betrieben und Haushalten ist. Aus förderpolitischer Sicht besonders positiv ist für die Steiermark hervorzuheben, dass aktuell die zweite Breitbandmilliarde ausgeschüttet wird und noch heuer 241 Millionen Euro für die Steiermark bereitgestellt werden, die Investitionen in der Höhe von rd. 500 Millionen Euro auslösen. Wichtig ist nun, dass der offene Netzzugang im Breitbandbereich weiter vorangetrieben wird, um die Herausbildung von Monopolstellungen zu vermeiden.

▪ **Schieneinfrastruktur Steiermark**

Der aktuelle Rahmenplan (ÖBB – BMK) sieht für die Steiermark in den Jahren 2023 bis 2028 wichtige Projekte vor, die langjährig gefordert wurden. Insgesamt fließen ca. 3 Mrd. € in den Ausbau des steirischen Schienennetzes. Neben der Finalisierung von Semmering-Basistunnel und Koralmbahn sind folgende Projekte besonders positiv hervorzuheben:

- Planung zweigleisiger Ausbau Werndorf – Spielfeld-Straß zumindest erwähnt
- Planung Bosruck-Tunnel – Neubau (Pyhrn-Schober-Achse) zumindest erwähnt
- Elektrifizierung der steirischen Ostbahn
- Attraktivierung der Radkersburger Bahn: Spielfeld-Straß – Bad Radkersburg

▪ **„Weiter!Bilden“**

Als Nachfolgeprogramm der Meisterprämie werden steirische Unternehmen im Rahmen des neuen Förderungsprogramms „Weiter!Bilden“ der Steirischen Wirtschaftsförderung SFG unterstützt. Im Mittelpunkt steht dabei das Thema nachhaltige Unternehmensentwicklung, wobei der Begriff Nachhaltigkeit bewusst weit gefasst ist. Unterstützt werden daher Weiterbildungsmaßnahmen rund um folgende Themen: Nachhaltiger unternehmerischer Fortschritt; Nachhaltige Fachkräfteentwicklung und Ressourcen, Umwelt, Klima.

Die Förderhöhe beträgt 30 Prozent der externen Weiterbildungskosten, maximal jedoch 2.500 Euro pro Förderantrag. Jedes Unternehmen kann bis zu zwei Förderungsanträge im Kalenderjahr einreichen, die höchstmögliche Fördersumme pro Unternehmen beträgt damit 5.000 Euro.

- **Reparaturbonus**

Unter dem Motto „Repariert statt ausrangiert“ fördert das Umweltministerium bis 2026 die Reparatur von Elektro- und Elektronikgeräten. Die Förderung kann von Privatpersonen mit Wohnsitz in Österreich in Anspruch genommen werden und beträgt 50 Prozent der Kosten bis zu max. 200 Euro je Reparatur bzw. max. 30 Euro für einen Kostenvoranschlag. Der Bonus läuft bis 2026 und ist mit einem Volumen von 130 Mio. Euro ausgestattet.

- **Abschaffung Instanzenzug im Baurecht**

Mit der Novelle des Stmk. Baugesetzes aus dem Jahr 2020 wird ein Beschluss des Wirtschaftsparlamentes umgesetzt und der gemeindeinterne Instanzenzug im Baurecht abgeschafft. In der Praxis wird sich dadurch insbesondere die Verfahrensdauer verkürzen.

- **Maßnahmen gegen Fachkräftemangel**

Auf Landesebene wurden mehrere Job-Messen mit dem AMS veranstaltet und ein Fachkräftegipfel initiiert. Zudem wurde im Rahmen eines Fachkräfteforums auf Sozialpartnerebene das Thema intensiv behandelt. Weiters hat die WKÖ mit dem Fachkräft radar ein Tool entwickelt, mit dem der aktuelle Fachkräftemangel (Stellenandrang nach Berufsgruppen) bis auf Bezirksebene dargestellt werden kann.

- **Reformen im Bereich des AMS Steiermark:**

Forcierung der Arbeitsplatznahen Qualifizierung – AQUA

Im AMS Steiermark wird die arbeitsplatznahe Qualifizierung derzeit über zwei Schienen angeboten. Das Produkt AQUA ermöglicht Unternehmen die Chance qualifiziertes Personal für ihre individuellen Anforderungen auszubilden. Daneben besteht schon länger die Möglichkeit über Implantationstiftungen Personal zu rekrutieren. Beide Schienen werden im AMS Steiermark weiter forciert.

Erfreulich ist, dass mit Herbst 2021 die Insolvenz- bzw. Regionalstiftung in der Steiermark eingerichtet worden ist. Mit 2022 wurde zusätzlich die sogenannte DIGI:Stiftung Steiermark etabliert, die zur Unterstützung des Fachkräfteaufbaus in digitalisierten Berufsbereichen beitragen wird. Auf Bundesebene wurde aktuell von WKÖ und ÖGB in Kooperation mit AUFLEB die Umweltstiftung ins Leben gerufen.

Ausweitung des „AMS-Erhebungsdienstes“

Im Zusammenhang mit der Überprüfung eines missbräulichen Bezugs von AMS-Geldern wird das bestehende Pilotprojekt des „AMS-Erhebungsdienstes“ wie im Antrag vom 20. Juni 2017 gefordert, nunmehr auf die ganze Steiermark ausgeweitet.

- **Anpassung Verordnung belastete Gebiete Luft**

Gebietsausweisungen durch diese Verordnung haben eine wichtige standortpolitische Bedeutung, da durch die Ausweisung in diesen Regionen die UVP-Pflicht bereits ab einem niedrigeren Schwellenwert (idR bereits ab dem halben Schwellenwert) zu prüfen ist. Im Rahmen einer Novelle konnte, aufgrund der erfreulichen Entwicklung der Luftgüte, die Anzahl der ausgewiesenen Gemeinden in der Steiermark deutlich reduziert werden. In den Bezirken Bruck-Mürzzuschlag, Murtal, Leoben, Weiz, Voitsberg und Hartberg-Fürstenfeld entfallen die Ausweisungen für Feinstaub gänzlich und in den Bezirken Graz-Umgebung, Leibnitz und Südoststeiermark sind wesentliche Gebietsreduktionen zu verzeichnen.

- **Infrastruktur – Micro-ÖV-Modell-Regionen**

Auf Betreiben der WKO Steiermark konnten in der Steiermark neue Micro-ÖV-Systeme implementiert werden, die die Qualität der öffentlichen Mobilität entscheidend verbessern und damit die ländlichen Regionen als Wohn- und Lebensraum deutlich attraktivieren.

4 Bericht zu den Anträgen vom Juni 2022

Im Wirtschaftsparlament im Juni 2022 wurden von den Projektteams des Wirtschaftspolitischen Beirats nachstehende Anträge eingebracht. Im Folgenden werden die Ergebnisse bzw. der Status Quo bei längerfristig angelegten interessenpolitischen Aktivitäten, überblicksmäßig dargestellt:

- **Sicherstellung einer strategischen und resilienten Energieversorgung**

Seitens des Landes Steiermark wird darauf hingewiesen, dass man sich intensiv mit dem Thema Versorgungssicherheit auseinandersetzt und gemeinsam mit dem Bund an folgenden Maßnahmen arbeitet: Gasbevorratung durch den Bund | Diversifizierung der Erdgasversorgung | Ausbau der erneuerbaren Energieträger und Steigerung der Energieeffizienz | Steigerung der heimischen Gasproduktion | Schaffung eines ambitionierten Gesetzes zur Erneuerbaren Wärme | Verfahrensvereinfachung und Projektbeschleunigung | Unterstützung energieintensiver Unternehmen in Österreich.

Darüber hinaus hat sich die Steirermärkische Landesregierung bei der Regierungsklausur im Oktober 2022 auf ein Ausbauprogramm von Wind- und Sonnenkraft geeinigt. Derzeit werden 960 Hektar für Sonnenstrom einer strategischen Umweltprüfung unterzogen und die Gespräche mit den betroffenen Gemeinden geführt. Das Sachprogramm Wind wird evaluiert und angepasst, mit dem Ziel, entsprechende Flächen für 250 Windkraftanlagen bis 2030 in der Steiermark zu sichern.

Hinsichtlich der UVP-Novelle verweist die WKÖ auf intensive Verhandlungen mit dem BMK und auf deutliche Verbesserungen gegenüber dem Vorentwurf. Nahezu alle Vorschläge der WKÖ zur Verfahrensbeschleunigung wurden umgesetzt.

- **Veränderliche Preise bei öffentlichen Bauaufträgen / Vertragsanpassungen bei bestehenden Bauaufträgen**

Seitens des Landes wird festgehalten, dass im Bereich Verkehr und Landeshochbau grundsätzlich veränderliche Preise vereinbart werden und man sich an den Empfehlungen der ÖBV orientiert. Nur in Ausnahmefällen, wo die Preisbindung 6 Monate unterschreitet, wird davon abgegangen, wenn die Bauleistungen im Zeitraum von maximal 3 Monaten erbracht wird. Die KAGes verweist in ihrer Stellungnahme, dass aufgrund der drastischen Preissteigerungen in den letzten 2 Jahren die Bereitschaft der Auftragnehmer gesunken ist, Angebote zu Festpreisen zu unterbreiten. Die KAGes schreibt daher aktuell auch Bauverträge, die innerhalb eines Jahres abgewickelt werden können, zu veränderlichen Preisen aus.

- **Wettbewerbsfähigkeit sichern**

Im Rahmen der Interessenvertretungsarbeit im steuerpolitischen Bereich verweist die WKÖ auf unterschiedliche Maßnahmen. In Bezug auf die Energiepreisthematik konnte der Energiekostenzuschuss zur Abfederung der Energiemehrkosten für Unternehmen mit einem geplanten Förderbudget von 1,3 Mrd € umgesetzt werden. Betreffend Entlastung von Unternehmen und gezielte Maßnahmen für Haushalte ist auf die Anti-Teuerungspakete I bis III zu verweisen. Besonders zu erwähnen sind dabei die Abschaffung der kalten Progression, die Senkung der Lohnnebenkosten (UV-Beitrag, FLAF-Beitrag) und die steuerfreie und SV-befreite Teuerungsprämie für Arbeitnehmer. Darüber hinaus sind die Maßnahmen der Ökosozialen Steuerreform anzuführen: ESt-Tarifsenkung,

KöSt-Senkung, Anhebung des Grundfreibetrags beim Gewinnfreibetrag und die Einführung des IFB zur Verbesserung des Investitionsklimas.

- **Energiesteuern und -abgaben senken**

Die WKÖ hat sich seit dem Ausbruch der Energiekrise vehement für Entlastungsmaßnahmen eingesetzt, wobei insbesondere Folgendes erreicht werden konnte: Energiezuschuss für energieintensive Unternehmen samt Anhebung des Förderbudgets auf 1,3 Mrd. Euro (gemäß Ministerratsbeschluss vom 28. September 2022) | Verschiebung der CO₂-Bepreisung auf Oktober | Senkung der Erdgasabgabe und Elektrizitätsabgabe um rund 90 % bis 30. Juni 2023 | Attraktivierung der Energieabgabenvergütung | Abschaffung der kalten Progression | Aussetzen des Ökostromförderbetrags und der Ökostromförderpauschale | Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz.

- **Antworten auf den Fachkräftemangel**

Im Bereich der Verbesserungen der Rahmenbedingungen für eine attraktive Lehre und Qualifizierung der Erwerbsbevölkerung hat die WKÖ mit der laufenden WKÖ-Bildungsoffensive einen ganz besonderen Schwerpunkt in diesem Bereich gesetzt. Hervorzuheben sind dabei folgende Maßnahmen/Initiativen: Virtuelle Betriebsbesichtigungen | Talentechecks für Jugendliche und Erwachsene in ganz Österreich | Durchgängige Bildungspfade (www.bildungderwirtschaft.at) | Österreichweite Duale Akademie (Maturanten in die Lehre) | Skills Austria ausgebaut und professionalisiert | Etablierung einer Höheren Berufsbildung - Gesetzesentwurf wird vom BMAW vorbereitet | Etablierung einer virtuellen Lernplattform (wise up) - hat gestartet und wird laufend ausgebaut.

Mit der Reform der Rot-Weiß-Rot – Karte (Inkrafttreten 1.10.22) wurde ein erster Schritt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den qualifizierten Zuzug gesetzt, weitere Anpassungen sind jedoch dringend notwendig.

Mitte Mai 2022 wurde die neue Vereinbarung gemäß Art. 15 für die Elementarpädagogik zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossen. Die Zielsetzungen wurden neu formuliert und entsprechen größtenteils den Forderungen der WKÖ. Der Zweckzuschuss des Bundes wurde von 142,5 Mio. Euro auf 200 Mio. Euro erhöht.

- **Beibehaltung der unionsrechtskonformen Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Steiermark**

Positiv zu vermerken ist, dass die im Begutachtungsentwurf geplante Parteistellung für NGOs nunmehr nicht im Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt (StESUG) umgesetzt wurde und den Argumenten in unserer Stellungnahme diesbezüglich gefolgt wurde. Somit haben NGOs – wie bisher – lediglich eine Beteiligtenstellung.

- **Klarstellung Bebauungsdichteverordnung**

Auf Landesebene wird aktuell an einer Novelle der Bebauungsdichteverordnung gearbeitet. Die WKÖ Steiermark wurde dabei als Stakeholder in den Erarbeitungsprozess eingebunden. Inhaltlich wurden unsere Forderungen - insbesondere im Hinblick auf die Erschließungen - nur zum Teil berücksichtigt. Die WKÖ Steiermark wird ihre Positionen im anstehenden Begutachtungsverfahren entsprechend einbringen.

- **Nahverkehrsknoten Gösting – Detailplanungen starten**

Seitens des Landes wird diesbezüglich darauf hingewiesen, dass die Detailplanung für die Bahnhofstabelle Graz-Gösting erst dann erfolgen kann, wenn der Ausbau- bzw. Neubau der Eisenbahnstrecke Graz Hauptbahnhof – Frohnleiten im Zielnetz 2040 vom BMK und der ÖBB verankert ist.

Die Stadt Graz hält zum Nahverkehrsknoten Gösting fest, dass dieser bereits in sämtliche grundsätzliche Überlegungen Eingang findet. Dies gilt stakeholderübergreifend sowohl für technische Überlegungen wie Grundstückssicherungen oder Trassenstudien, als auch für Betriebskonzepte

von Bus, Bahn und Straßenbahn. Im Zuge dessen soll auch die endgültige Trasse für den nordwestlichen Teil der Straßenbahnlinie 8 nach Gösting fixiert werden.

- **Ausschreibungen für regionale Buskorridore funktional gestalten**

In seiner Stellungnahme hält das Land Steiermark fest, dass mit der Entscheidung nach dem Bestbieterverfahren auszuschreiben, positive Erfahrungen gemacht wurden. Hinsichtlich der Beschreibung der Leistung will man weiterhin einer konstruktiven Leistungsbeschreibung den Vorrang geben. Aus Sicht des Landes birgt die funktionale Ausschreibung aus Auftragsgebersicht das Risiko von Fehlplanungen sowie des hohen Aufwandes und nötiger Ressourcen bei der Planung für Verkehrsunternehmen. Eine funktionale Ausschreibung würde zudem die Unsicherheiten in den Verfahren erhöhen, da die Vergleichbarkeit der Angebote nicht im erforderlichen Maße gegeben sei.

- **Berücksichtigung von eFuels als umweltfreundliche Mobilitäts-Technologie**

Ein erster wichtiger Schritt war die Veröffentlichung der Wasserstoffstrategie im Juni 2022. Auf Basis der Strategie muss jetzt ein genauer Plan für Wasserstoffimporte und internationale Kooperationen erarbeitet werden, der auch die entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen beinhaltet, da es (derzeit) nicht möglich ist, die nötigen Mengen an Wasserstoff allein in Österreich zu erzeugen.

Auf Ebene der EU hat das Europäische Parlament Mitte September 2022 mit breiter Zustimmung für die neue Erneuerbaren Energien-Richtlinie die Basis für den breiten Einsatz von eFuels geschaffen, da diese Richtlinie Mindestquoten für die Beimischung dieser synthetischen Treibstoffe vorsieht. EU-weit sind E-Fuels auch über das Jahr 2035 hinaus erlaubt, an diesem Erfolg haben auch die E-Fuel Alliance sowie der AC Styria Mobilitätscluster einen beträchtlichen Anteil.

5 Veranstaltungen

Neue Wege in der regionalen Auftragsvergabe - Die Stärken regionaler Anbieter in Ausschreibungen nutzen: 4. Juli 2022

Im Rahmen einer Hybrid-Veranstaltung wurde der neue Vergabeleitfaden der WKÖ Steiermark vorgestellt und im Anschluss von einem hochkarätigen Podium diskutiert.



Neuer Vergabeleitfaden für öffentliche Aufträge

Jede Woche vergibt die öffentliche Hand Aufträge in der Summe von über einer Milliarde Euro. Das jährliche Gesamtvolumen von 62 Milliarden Euro ist für regionale Betriebe oftmals eine wichtige Säule ihrer unternehmerischen Tätigkeit. Neben der Sicherung von Arbeitsplätzen geht es vor allem auch um Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit, Stichwort „kurze Wege, lokale Wertschöpfung“.

Umso wichtiger ist, dass Ausschreibungen so gestaltet sind, dass Klein- und Mittelbetriebe eine faire Chance haben. Als Unterstützung für das öffentliche Beschaffungswesen hat die Wirtschaftskammer Steiermark jetzt einen Leitfaden zusammengestellt, der beispielsweise Bürgermeister*innen einen schnellen, unbürokratischen und transparenten Weg durch die Auftragsvergabe zeigt.

Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung des Wirtschaftspolitischen Beirats der Wirtschaftskammer Steiermark wurde der Leitfaden präsentiert und verschiedene Aspekte derartiger Auftragsvergaben beleuchtet. So unterstrichen sowohl Joachim Schnabel, Nationalratsabgeordneter und Bürgermeister der südsteirischen Gemeinde Lang, als auch Gustav Spener, Präsident der Kammer für Ziviltechniker für Kärnten und die Steiermark, die Bedeutung der knapp 30-seitigen Informationsbroschüre als „hilfreiche und wichtige Orientierungshilfe“.

Tatsächlich können Auftraggeber beispielsweise durch die Aufteilung eines Großauftrags in kleinere Loseile oder die Anpassung der Kriterien an die Kapazitäten der KMU anpassen und so die Chancen regionaler Anbieter erhöhen. Auch die vorgeschriebenen Eignungs- und Auswahlkriterien, können an den jeweiligen Auftrag und die jeweilige Branche angepasst werden, verwies Rechtsanwalt Martin Schiefer auf Lenkungsmöglichkeiten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben. Als Beispiel nannte er Umsatzabfragen für die letzten drei Jahre. Sie würden meist Großkonzerne bevorzugen und viele KMU scheitern lassen

und sei eine in Krisenzeiten ohnehin wenig aussagekräftige Kenngröße, kritisiert Schiefer, der als einer der führenden Experten in Sachen Vergaberecht gilt und den Leitfaden kuratiert hat.

Zudem können bei Bau-, Liefer- und Dienstleistungen Mindestanforderungen in Sachen CO₂-Emissionen und weitere Nachhaltigkeitsparameter definiert werden, die ebenfalls die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Anbieter erhöhen, unterstrichen Bernhard Hammer als Vertreter der Ingenieurbüros und Vinzenz Harrer als Regionalstellenobmann der Wirtschaftskammer in Weiz. Ein Aspekt stehe bei den Gestaltungsmöglichkeiten aber immer an oberster Stelle: „Absolute Transparenz“, betonte Martin Schiefer. Der Leitfaden kann unter iws@wkstmk.at bestellt werden.

6 Aktuelle Themen der einzelnen Projektteams

6.1 Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit

1. **Energie-/Gaspreise - Subventionen für Unternehmen**
2. **Nachhaltige Gasinfrastruktur (Entry Point Murfeld-Slowenien)**
3. **UVP-Novelle – Betriebsansiedelungen**
4. **Koralpe – Natura 2000 – Rechtssicherheit**
5. **Koralmbahn – Interregio-Verkehr**
6. **Breitband – offener Netzzugang**
7. **Mobilitätsstrategie für die Steiermark (Planung einer Enquete)**

6.2 Fairness & Entbürokratisierung

1. **Regionale Auftragsvergabe**
 - Vergabebroschüre
 - Schwellenwerteverordnung
2. **Verfahrensdauer – UVP / Abfallwirtschaft**
3. **Projekt „Digitale Transformation von Behörden-Verfahren“**
4. **Status quo: Bäuerliche Selbstbedienungsläden / Individuelle Befähigung**
5. **Aktuelles aus dem Landesrecht**
 - Novellen Bau- und Raumordnungsgesetz
 - Bebauungsdichteverordnung
 - Novelle Gesetz über Einrichtungen zum Schutz der Umwelt (Aarhus)
 - Sachprogramm Erneuerbare Energien
 - Biosphärenparkgesetz

6.3 Arbeit & Soziales

1. **Arbeitsmarkt**
 - Arbeits- und Fachkräftemangel – Aktivitäten und Forderungen der WKO Steiermark
 - Informationen aus dem AMS
2. **Diskussion über Anreize für Ältere länger im Erwerbsleben zu bleiben**
 - Zuverdienst in der Regelpension soll durch Lohnsteuer- und Pensionsbeitragsfreiheit attraktiver werden
 - Mögliche Umfrage unter älteren Arbeitnehmern/Pensionisten bzw. Unternehmen betreffend längere Beschäftigung bzw. Aktivierung von Pensionisten
3. **4-Tage Woche**
 - Einbeziehung von Jugendlichen/Lehrlingen und Schwangeren in das Arbeitszeitmodell

6.4 Standort, Regionen & Unternehmertum

1. **Fachkräfte- und Mitarbeitermangel**
2. **Kurzarbeit: Phase VI**
3. **Entlastungspaket für gewerbliche Wirtschaft:**
 - Teuerungsausgleich
 - Kalte Progression
4. **Corona: Absonderungsthematik & Unterstützungsmaßnahmen**
5. **Härtefallfonds, Kurzarbeit & Entschädigungen nach dem Epidemiegesetz**
6. **Projekt „Wirtschaftsraum Südösterreich“**
 - Gemeinsame PK der Landeshauptleute mit WK-Präsidenten Steiermark & Kärnten
 - Ziel: gemeinsame Agenda der beiden Bundesländer
7. **Wirtschaftsstrategie 2025**
8. **Wirtschaftsförderungen: Neue Förderperiode und JTP-Fonds**
9. **Innenstadt-/Ortskernbelebung: Bau- und RO-Novelle**
10. **Energie- und Rohstoffpreise: Inflationsdynamik**
 - Massive Preisanstiege v.a. im Bau- und Baunebenbereich
 - Energiepreise derzeit als massivstes Problem: Strom, Gas & Treibstoffe
 - WKO-Stmk. hat Maßnahmenpapier dargelegt

6.5 Bildung, Jugend & Fachkräfte

1. **Lehrstellenmarkt im Umbruch**
2. **Angebote und Veranstaltungen der WKO Steiermark**
3. **Kinderbildung und -betreuung**
4. **Internationale Schulen in der Steiermark**

7 Anträge des Wirtschaftspolitischen Beirats

Projektteam Standort, Regionen & Unternehmertum

Gemeinsamer Antrag der Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 17. November 2022

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirats hat sich das Projektteam Regionen, Standort & Unternehmertum mit unterschiedlichen Standortthemen beschäftigt, wobei die Qualität und mögliche Hemmnisse bei der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts im Mittelpunkt standen. Basierend auf diesen Ergebnissen fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinschaftlich folgende Maßnahme:

CO₂-Steuer: keine weiteren Erhöhungen ab 1.1.2023

Sowohl die sogenannte Staatsquote – sprich die Relation staatlicher Ausgaben zum Bruttoinlandsprodukt – als auch die Steuer- und Abgabenquote sind in Österreich seit jeher hoch, womit der Staatssektor eine überdurchschnittlich hohe Relevanz einnimmt. Im Bereich der Steuern und Abgaben ist Österreich seit Jahren im europäischen Spitzenfeld zu finden. Seit Beginn der Corona-Pandemie ist die Abgabenquote nach einer zwischenzeitigen Absenkung auf 43,7 % angestiegen. EU-weit haben nur Belgien (46,2 %), Frankreich (48 %) und Dänemark (47,5 %) eine noch höhere Steuer- und Abgabenlast zu tragen. Der EU-Durchschnitt beläuft sich auf 41,3 %.

Seit 1. Oktober ist die erste Stufe der neuen, insgesamt 4-stufigen CO₂-Steuer in Kraft. Diese ist nach der Mineralöl- und der Mehrwertsteuer bereits die dritte Steuer, die auf fossile Treib- und Brennstoffe zu entrichten ist. Und dies, obwohl der österreichische Staat unter dem Titel „Ökosteuern“ bereits seit Jahren erhebliche Summen einnimmt. Die Ökosteuerereinnahmen haben sich seit 1995 sogar mehr als verdoppelt. 2019 beliefen sich die Einnahmen auf fast 10 Mrd. € pro Jahr.

Mit der Einführung der CO₂-Steuer ist die derzeitige Rekordinflation noch weiter befeuert worden. Mit den avisierten Steigerungen ab 2023 drohen zusätzliche, unnötige Kostenbelastungen, auf Seite von Produzenten und Konsumenten gleichermaßen. Aus Sicht der steirischen Wirtschaft ist eine weitere Steuererhöhung vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Wirtschaftskrise ökonomisch nicht vertretbar.

Daher stellen die unterzeichnenden Delegierten folgenden **Antrag**:

“Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll sich die Wirtschaftskammer Steiermark über den Weg der Steiermärkischen Landesregierung und der Wirtschaftskammer Österreich dafür einsetzen, dass die österreichische Bundesregierung von einer Inkraftsetzung der weiteren Stufen der CO₂-Steuer Abstand nimmt und stattdessen steuerliche Maßnahmen konzipiert, die Unternehmen und Haushalte gleichermaßen entlasten.”

Gemeinsamer Antrag der Wählergruppen

**Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche
Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Steiermark am 17. November 2022**

Sichere Energieversorgung – Jetzt Vorsorge treffen

Österreich steht aktuell vor wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, welche es seit den 1970er Jahren nicht mehr gegeben hat. Die stark gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten treiben die Inflation an und beides erfordert große Anstrengungen von den heimischen Betrieben, um weiterhin erfolgreich wirtschaften zu können.

Der Ukrainekrieg und die auch aufgrund der Sanktionen stark gestiegenen Energiepreise haben unsere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen deutlich aufgezeigt. Auch durch den raschen Ausbau erneuerbarer Energieträger wird es uns gelingen diese Abhängigkeit zu reduzieren. Klimaschutz, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind gesamt-gesellschaftliche Aufgaben, nur durch Bemühungen aller kann die Energiewende gelingen. Unternehmer:innen müssen als Teil der Lösung dabei immer mitgedacht werden.

Da die fokussierte Umstellung auf erneuerbare, CO₂-arme Energieträger mit dem bestehenden Netz nicht zu schaffen ist, fordern wir einen konsequenten Ausbau der Netzkapazitäten. „Zukunftsprojekte“ dürfen nicht mehrere Jahre in Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren hängen bleiben. Sie müssen jetzt umgesetzt werden, um die Energiewende schnellstmöglich zu schaffen. Für dieses Ziel bedarf es einer Aussetzung von UVP-Verfahren bei Projekten im Bereich erneuerbarer Energie und Netzausbau.

Die Regierung hat bereits erste Maßnahmen gesetzt, um Entlastungen für Unternehmen zu schaffen. Diese Entlastungen gehen jedoch noch nicht weit genug. Um die stark gestiegenen Energiepreise besser abzufedern, müssen weitere Maßnahmen gesetzt werden, wie beispielsweise eine Energiepreisbremse für Unternehmen. Deutschland hat hier die Vorreiterrolle eingenommen und sein bereits bestehendes Energieentlastungsprogramm stark ausgeweitet. Dezember 2022 wird es eine Einmalzahlung für alle Unternehmen geben und ab 2023 wird eine Gas- und Wärmepreisbremse mit einem bestimmten Bruttopreis/kWh für Unternehmen und Haushalte eingeführt. Für Unternehmen soll es auch eine Strompreisbremse geben. Solch eine Energiepreisbremse muss auch in Österreich dringend umgesetzt werden, um die Unternehmen zielgerichtet zu entlasten. Jeder Wettbewerbsnachteil kostet abertausende Arbeitsplätze und bedroht die Existenz zahlreicher Betriebe.

Um den Anstieg der Netzgebühren im Jahr 2023 abzufedern wird Deutschland die Netzentgelte mit 13 Mrd. EUR bezuschussen. Ein ähnlicher Mechanismus sollte in Österreich auch eingeführt werden.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Delegierten daher folgenden **Antrag**:

„Die Wirtschaftskammer Steiermark wird aufgefordert, an die Steiermärkische Landesregierung und die Wirtschaftskammer Österreich heranzutreten, damit sich beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität und Innovation und im eigenen Wirkungsbereich dafür einsetzen, die Energiewende voranzutreiben und verstärkt Vorbereitungen für den Winter zu treffen, insbesondere durch

- **Bewusstsein für die positive Rolle der Wirtschaft für Umwelt- und Klimaschutz sowie für die ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeit zu schaffen,**
- **Investitionen in den Netzausbau zu forcieren,** um den Umstieg auf nachhaltige Energiequellen zu schaffen,
- **Umweltverträglichkeitsprüfungen bei nachhaltigen Infrastruktur- und Energieprojekten aussetzen,** um die Energiewende schnellstmöglich zu verwirklichen,

- Entwicklung einer **Strategie und legislativen Rahmen für den Import von erneuerbaren Energien** mit besonderem Fokus auf klimaneutralen Wasserstoff und E-Fuels.
- die bestehenden **Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen** zur Bewältigung der Energiekrise **ausweiten**,
- die **Strompreisbremse** nach deutschem Vorbild zu einer **Energiepreisbremse** für alle Haushalte und **Unternehmen auszuweiten**, um unbürokratische und schnelle Entlastungen zu garantieren,
- Abfederung des **Anstiegs der Netzgebühren** für das Jahr 2023 durch **finanzielle Zuschüsse**.“

Projektteam Arbeit & Soziales

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 17.11.2022

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirates hat sich das Projektteam Arbeit und Soziales mit unterschiedlichen Themen beschäftigt. Basierend auf den Ergebnissen im Projektteam fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinsam folgende Maßnahme:

Rahmenbedingungen schaffen, dass man Ältere länger im Erwerbsleben halten kann und damit als Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt erhalten bleiben

Aufgrund des akuten Arbeitskräftemangels ist es wichtig, dass Regelpensionsbezieher dem Arbeitsmarkt als Arbeitnehmer erhalten bleiben. Die derzeit bereits bestehenden sozialversicherungsrechtlichen Maßnahmen (insbesondere Höherversicherungsbetrag und Geringfügigkeitsgrenze) stellen diesbezüglich einen unzureichenden Anreiz dar. Daher sollten für Arbeitnehmer, die bereits ihre Alterspension beziehen und für Arbeitgeber, die diese Pensionisten beschäftigen, die Beitragssätze zur Pensionsversicherung zur Gänze entfallen. Dies hätte nicht nur ein höheres Nettoeinkommen für diese Arbeitnehmer zur Folge, sondern würde diese Arbeitnehmergruppe auch für Arbeitgeber attraktiver machen. Darüber hinaus könnten steuerrechtliche Vergünstigungen einen zusätzlichen Impuls für das Arbeiten im Alter geben.

Daher stellen wir folgenden **Antrag**:

„Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit sich diese für eine Gesetzesnovellierung der Zuverdienstmöglichkeiten von Regelpensionsbeziehern dergestalt einsetzt, dass Zuverdienste über der Geringfügigkeitsgrenze nicht der Pensionsversicherung unterliegen und zusätzliche steuerrechtliche Vorteile für diese Erwerbstätigkeiten im Alter geschaffen werden.“

Projektteam Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 17. November 2022

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirats hat sich das Projektteam Infrastruktur, Energie und Nachhaltigkeit mit unterschiedlichen Standortthemen beschäftigt, wobei die Qualität und mögliche Hemmnisse bei der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts im Mittelpunkt standen. Basierend auf diesen Ergebnissen fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinschaftlich folgende Maßnahme:

Nachhaltige Gasinfrastruktur vom adriatischen Raum nach Österreich sicherstellen

Neben der Trans Austria Gasroute vom Hub Baumgarten über Arnoldstein nach Italien ist für den süd-österreichischen Raum vor allem der Entry-Point Murfeld in Richtung Slowenien bzw. weiter nach Kroatien zu nennen. Aktuell ist die Gasleitung nur für einen Fluss von Norden nach Süden ausgelegt. Es besteht derzeit also keine Möglichkeit das Gas aus Slowenien kommend zu transportieren. Das gegenständliche, grenzüberschreitende Projekt würde diese Flussumkehr und damit eine bidirektionale Gasleitung ermöglichen. Seitens der slowenischen Gesellschaft Plinovodi d.o.o. ist das Projekt bereits in konkreter Vorbereitung, ein Koordinierungstermin mit der Gas Connect Austria in Österreich steht unmittelbar bevor.

Der wichtigste zu erwähnende Nutzen des Projektes wäre die Diversifizierung von Quellen, wie z.B. LNG aus dem adriatischen Bereich, namentlich etwa dem Terminal in Krk. Ebenso ist dieses Projekt im Sinne der künftigen Energieversorgung durch die potenzielle Einspeisung von grünem Gas (z.B. aus Wasserstoff) in das Gasnetz von Bedeutung.



Abbildung 1: Das österreichische Gasnetz

Daher stellen die unterzeichnenden Delegierten den folgenden **Antrag**:

„Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Steiermärkische Landesregierung und die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit diese auf die Bedeutung des Projektes „bidirektionale Gasleitung Österreich-Slowenien-Kroatien“ beim Bundeskanzleramt sowie beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie hinweisen, um so die Sicherung freiwerdender Kapazitäten für Österreich zu forcieren und damit den Ausbau des oben beschriebenen Projekts voranzutreiben.“

Gemeinsamer Antrag aller Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Grüne Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 17. November 2022

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirats hat sich das Projektteam Infrastruktur, Energie und Nachhaltigkeit mit unterschiedlichen Standortthemen beschäftigt, wobei die Qualität und mögliche Hemmnisse bei der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts im Mittelpunkt standen. Basierend auf diesen Ergebnissen fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinschaftlich folgende Maßnahme:

Interregio-Verkehr Koralmbahn

Mit der Inbetriebnahme der Koralmbahn ergeben sich enorme Chancen für den Wirtschaftsraum Südösterreich. Das aktuelle Betriebskonzept zwischen Graz und Klagenfurt sieht einen Stundentakt mit den Zwischenhalten Weststeiermark und Lavanttal (Fahrzeit 60 min) sowie einen Zweistundentakt mit einer schnellen Direktverbindung zwischen Graz und Klagenfurt (Fahrzeit 45 min) vor. Damit auch die Regionen dazwischen von dieser neuen Bahnstrecke profitieren können, sollte auch ein Interregioverkehr (IR Koralm) mit Zwischenhalten wie z.B. Flughafen Graz-Feldkirchen, Werndorf und Klopeinersee angedacht werden, der den überregionalen Verkehr jedoch nicht behindern darf.

Daher stellen die unterzeichnenden Delegierten den folgenden **Antrag**:

„Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Steiermärkische Landesregierung und die Wirtschaftskammer Österreich herantreten, damit diese sich beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und den Österreichischen Bundesbahnen dafür einsetzen, dass zwischen Graz und Klagenfurt ab Inbetriebnahme der Koralmbahn auch Alternativen für einen Interregio-Verkehr, der nicht zu Lasten des Fernverkehrs geht, geprüft werden.“

Gemeinsamer Antrag der Wählergruppen

Wirtschaftsbund Steiermark, Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Steiermark, Freiheitliche Wirtschaft Steiermark, Industriellenvereinigung Steiermark an das Wirtschaftsparlament der WKÖ Steiermark am 17. November 2022

Im Rahmen des Wirtschaftspolitischen Beirats hat sich das Projektteam Infrastruktur, Energie und Nachhaltigkeit mit unterschiedlichen Standortthemen beschäftigt, wobei die Qualität und mögliche Hemmnisse bei der Entwicklung des Wirtschaftsstandorts im Mittelpunkt standen. Basierend auf diesen Ergebnissen fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark gemeinschaftlich folgende Maßnahme:

Rechtssicherheit für Investoren am Beispiel Pumpspeicherkraftwerk Koralm

Die Wirtschaftskammer Steiermark begrüßt den in der neuen UVP-Novelle vorgeschlagenen Rechtsrahmen für Projekte, die einen positiven Beitrag zur Dekarbonisierung bzw. der Energiewende haben. Aus energie- und umweltpolitischer Sicht sind insbesondere Pump-Speicherkraftwerke dafür geeignet, Stromspeicherkapazitäten in hohen Mengen, die dynamisch bereitgestellt werden können, zu schaffen. In dieser Hinsicht sind Pumpspeicherkraftwerke nach dem aktuellen Stand der Technik der Wind- und Sonnenenergie überlegen.

Die im Beschwerdeverfahren vom BVwG vorgelegte Verordnung an den VfGH wird zum aktuellen Zeitpunkt auf ihre Konformität überprüft. Weder den Gerichten noch Behörden – in diesem Fall das Land Steiermark – steht es zu, die Gültigkeit von gehörig kundgemachten Verordnungen eigenmächtig zu überprüfen, sondern im Zweifel – wie geschehen - diese dem VfGH vorzulegen.

Verwunderlich erscheint daher ein geplanter Vorstoß des Landes Steiermark, dieser Kompetenz des VfGH vorzugreifen und eigenmächtig die Änderung der Verordnung des Naturschutzgebietes – eine Grundlage des gegenständlichen UVP-Genehmigungsbescheides - vorzunehmen und so den Projektwerber vor große Herausforderungen zu stellen (mehrere Schutzgüter, flächenmäßige Ausweitung im Bereich des geplanten Pumpspeicherkraftwerkes). Im Genehmigungsbescheid wurde die damals und - aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Verordnungsprüfung des VfGH - auch aktuell in Kraft stehende Verordnung (Ausweisung des Naturschutzgebietes) berücksichtigt, sodass zum jetzigen Zeitpunkt kein Handlungsbedarf des Landes Steiermark hinsichtlich einer Ausweitung besteht. Eine solche Gesetzesänderungen während laufendem Rechtsmittelverfahren sollte nur im Anlassfall – der aktuell nicht gegeben ist – vorgenommen werden, um so die nötige Planungs- und Rechtssicherheit für den Projektwerber zu gewährleisten.

Daher fordern die wahlwerbenden Gruppen der WKÖ Steiermark eine hohe Rechts- und Planungssicherheit in Bezug auf Projekte, die einen nachhaltig positiven Beitrag zur Energiewende liefern, wie etwa dem Pumpspeicherkraftwerk auf der Koralpe:

Antrag

„Durch Beschluss des Wirtschaftsparlaments soll die Wirtschaftskammer Steiermark an die Steiermärkische Landesregierung herantreten, damit diese sich in ihrem eigenen Wirkungsbereich für eine maximale Planungs- und Rechtssicherheit bei Projekten, die nachweislich zur Energiewende beitragen, einsetzt und bei diesen Projekten, sowohl im Hinblick auf bundesgesetzliche als auch auf EU-gesetzliche Ebene, ein Mindestmaß an Bürokratie und kein gold-plating vorsieht.“

8 Mitglieder des Wirtschaftspolitischen Beirats

Vorsitzender

SPO FVO Obmann-Stv. KommR Friedrich Hinterschweiger

Vorsitzender Stellvertreter

RSO KommR Johann Lampl

Mitglieder des Beirats

SPO-Stv. KommR Franz Glanz

SPO-Stv. Obfrau KommR Daniela Gmeinbauer

SPO-Stv. Obmann KommR Ing. Johann Höllwart

RSO Obmann KommR Manfred Kainz

Obfrau Obfrau-Stv. Ingrid Karner, M.Ed

SPO-Stv. Mag. Andrea Kern, MA

SPO-Stv. Gen.Dir. KommR MMag. Martin Schaller

BSPO-Stv. SPO-Stv. KommR Dr. Erich Schoklitsch

SPO Obmann KommR Johann Spreitzhofer

RSO Obmann-Stv. KommR Norbert Steinwider

SPO-Stv. KommR Karlheinz Winkler

BSPO-Stv. SPO BGO KommR Gerhard Wohlmuth

9 Mitglieder der Projektteams des Beirats

Infrastruktur, Energie & Nachhaltigkeit

Vorsitz:

SPO-Stv. Vors. KommR Franz Glanz

Mitglieder:

RSO Obmann KommR Manfred Kainz

Mag. Dr. Markus Ritter

BSPO-Stv. SPO-Stv. KommR Dr. Erich Schoklitsch

Mag. Stefan Weinberger

SPO-Stv. KommR Karlheinz Winkler

Mag. Peter Lackner

Mag. Robert Steinegger

Mag. Victoria Hack

Arbeit & Soziales

Vorsitz:

SPO-Stv. Obfrau KommR Daniela Gmeinbauer

Mitglieder:

Mag. Alexandra Leopold

Thomas Kainz

Obfrau Obfrau-Stv. LIM-Stv. Ingrid Karner, M.Ed

Mag. Claudia Knopper

SPO-Stv. KommR Karlheinz Winkler

Mag. Kirsten Fichtner-Koele

Priv.-Doz. Dr. Florian Mosing

Mag. Johannes Absenger

Fairness & Entbürokratisierung

Vorsitz:

RSO KommR Johann Lampl

Mitglieder:

SPO-Stv. KommR Ing. Johann Höllwart

Thomas Kainz

Mag. Stefan Weinberger

SPO-Stv. KommR Karlheinz Winkler

BSPO-Stv. SPO BGO KommR Gerhard Wohlmuth

Mag. Johannes Absenger

Priv.-Doz. Dr. Florian Mosing

Standort, Regionen & Unternehmertum

Vorsitz:

SPO FVO KommR Friedrich Hinterschweiger

Mitglieder:

Ing. Hermann Freitag

SPO-Stv. Obmann KommR Ing. Johann Höllwart

FVO-Stv. Mag. Andrea Pavlovec-Meixner

SPO-Stv. Gen.Dir. KommR MMag. Martin Schaller

Gen.Dir. KommR Mag. Franz Weintögl

Dr. Ewald Verhounig

Bildung, Jugend & Fachkräfte

Vorsitz:

Präsident Ing. Josef Herk

Mitglieder:

SPO-Stv. Mag. Andrea Kern, MA

SPO-Stv. Robert Rothschädl

BSPO-Stv. SPO-Stv. KommR Dr. Erich Schoklitsch

SPO BSPO-Stv. KommR Johann Spreitzhofer

RSO O.-Stv. KommR Norbert Steinwider

Dr. Markus Tomaschitz

Dr. Martin Neubauer

Dr. Gottfried Krainer

Mag. Simone Harder